



MdB Alexander Föhr

Bericht aus Berlin

Mai 2024



Liebe Leserinnen und Leser,

aufgrund der vielen Feiertage im Mai gibt es in diesem Monat nur eine Sitzungswoche. Während Berlin sich bei wolkenlosem Himmel und Sonnenschein von seiner schönsten Seite präsentiert, geht es bei der Ampelregierung in gewohnter Manier weiter. Streit um den Haushalt, die Wehrfähigkeit Deutschlands oder die Rente sind nur einige der Themen, bei denen sich die Parteien der Ampel nicht einigen können. Gebilligt hat das Kabinett diese Woche, mit einjähriger Verspätung, das Gesetz zur Krankenhausreform. Konsens zwischen Bund, Länder, Krankenhäuser, Ärzten und Krankenkassen gibt es jedoch nicht. Ohne sich über die konkreten Folgen für die Versorgung vor Ort klar zu sein, plant die Bundesregierung im Alleingang den Umbau auf Kosten der Länder und Versicherten. SPD, FDP und Grüne nehmen zudem bleibende Versorgungslücken der Krankenhauslandschaft in Kauf. Hier werden wir im Bundestag noch viel zu diskutieren haben.

In dieser Woche habe ich eine Rede zum Thema „Grenzüberschreitendes Abkommen zur Berufsausbildung zwischen Frankreich und Deutschland“ gehalten. Zudem hat die Unionsfraktion unter anderem Anträge zu 75 Jahre Grundgesetz, zur Verbesserung des BAföG und zur wirksamen Bekämpfung des politischen Islams eingebracht. Mehr dazu finden Sie auf den folgenden Seiten.

Viel Spaß bei der Lektüre

Ihr

Alexander Föhr



Grenzüberschreitend

Plenarrede zur deutsch-französischen Zusammenarbeit

Die Bundesregierung will die deutsch-französische Ausbildung stärken. Ein neues Abkommen zur Berufsausbildung wird ermöglichen, dass Auszubildende den praktischen Teil ihrer Ausbildung in einem Betrieb im Partnerland absolvieren können, während die theoretische Ausbildung und die Prüfung im Heimatland stattfinden. Dafür sollen die grenzüberschreitenden Anforderungen für eine duale Berufsausbildung weiter standardisiert sowie transparenter gestaltet werden. Diese „besondere Form des Lernens“ stärkt die Verbindung zwischen Deutschen und Franzosen, fördert die beruflichen Chancen und eröffnet den Unternehmen in der Grenzregion attraktive Rekrutierungsperspektiven.

In meiner Rede habe ich das Abkommen begrüßt. Es ist auch ein weiterer Erfolg für den Export unserer bewährten dualen Berufsausbildung und hoffentlich eine Blaupause für viele Länder in Europa. Gewünscht hätte ich mir allerdings, dass die Vereinfachungen früher gekommen und nicht regional beschränkt wären. Bei der Anerkennung und Mobilität liegen zwischen Berufsausbildung und Hochschulstudium nach wie vor Welten.

Bildungs- und Wirtschaftsministerium, die Kammern und die EU-Kommission müssen Initiative zeigen, Hürden abbauen und den gemeinsamen europäischen Bildungsraum auch für Auszubildende Realität werden lassen. Erst wenn die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bildungsbereich in Europa auf allen Ebenen zur Normalität, zur Selbstverständlichkeit wird, ist dieses Ziel erreicht.

Die Debatte zum Thema können Sie [hier](#) jederzeit nachverfolgen.



Das BAföG muss reformiert werden

Unser Antrag für ein moderne und bedarfsgerechte Unterstützung

Aufstieg durch Bildung. Ein zentrales Versprechen in unserem Land, welches uns als Union enorm wichtig ist. Dafür sorgt seit über 50 Jahren auch das „BaföG“ (Bundesausbildungsförderungsgesetz). Wenn Chancengerechtigkeit für die höchsten Bildungsabschlüsse in unserem Land gelten soll, dann muss die Ausgestaltung des Bafögs mit den Entwicklungen in unserem Land Schritt halten. Hier besteht weiter Aufholbedarf. Ein Indiz dafür ist der Hochschulbildungsreport. Laut diesem sind es nur 27% der Schülerinnen und Schüler aus Nichtakademikerhaushalten, die sich für ein Studium entscheiden. Dagegen sind es bei Akademikerkindern mit 79% ungleich mehr. Der Gang an die Universität ist kein Muss, aber er sollte nicht am Geldbeutel scheitern. Unser Land wird auch zukünftig auf eine gute universitäre Ausbildung angewiesen sein. Dafür brauchen wir alle Talente, nicht nur jene aus wohlhabenden Elternhäusern.

Der Gesetzesentwurf der Ampel-Koalition geht an den zentralen Herausforderungen, die die letzten Jahre an die Ausbildungsförderung gestellt wurden, vorbei. Aus Sicht unserer Fraktion sind dies insbesondere 1) die Berücksichtigung gestiegener Lebenshaltungskosten und somit eine Anpassung der Regelsätze sowie 2) eine Vereinfachung sowie gänzliche Digitalisierung der Antragstellung. Die Inflationsraten für die Jahre 2022 (+ 6,9%) sowie 2023 (+ 5,9%) treffen uns alle, insbesondere aber natürlich Personen, die auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind.

Es ist ein Skandal, dass die Ampel-Regierung trotz vollmundiger Ankündigungen und großzügiger Manier bei der Erhöhung sonstiger Sozialausgaben, die Bedürfnisse von Studierenden ignoriert. Das darf nicht sein. Aus diesem Grund fordern wir als Unionsfraktion in unserem Antrag „[Das BAföG auf die Höhe der Zeit bringen](#)“ die Bundesregierung auf, diese Fehlsteuerung umgehend zu korrigieren und dabei gleichzeitig eine dringend benötigte Digitalisierung sowie Vereinfachung der Antragstellung vorzunehmen. Es bleibt zu hoffen, dass die Ampel sich durch diesen Antrag einen Ruck gibt und im Sinne der Chancengerechtigkeit eine Reform des Bafögs vorlegt, die diesen Namen auch verdient hat.



75 Jahre Grundgesetz **Leben in Freiheit und Sicherheit**

Am 23. Mai wird das Grundgesetz 75 Jahre. Was in jeder Familie ein Anlass zum Feiern ist, muss es auch für die gesamte Bundesrepublik Deutschland sein. Das Grundgesetz als Verfassung der Bundesrepublik Deutschland bildet die Grundlage für unser Leben in Freiheit und Sicherheit. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde sowie die Freiheits- und Gleichheitsrechte bilden das Fundament für unser friedliches Zusammenleben und schützt uns alle vor staatlicher Willkür, Ungerechtigkeit und Gewalt. Zudem definiert das Grundgesetz unsere objektive Werteordnung und Kultur. Dieser essenziellen Bedeutung sollten wir uns alle bewusstwerden, gerade vor dem Hintergrund, dass immer lauter werdende Stimmen diese Garantien beseitigen wollen.

Demokratiefeinde von den Rändern des politischen Spektrums versuchen immer häufiger, durch das Schüren von Ängsten und dem Verbreiten von Hass und Hetze, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen. In den letzten Tagen und Wochen wurde uns diese Bedrohung in furchtbarer Art und Weise vor Augen geführt. Abstrakter Populismus hat nun konkreten Aktivismus zur Folge. Angriffe auf Politiker, antisemitische Parolen an Hochschulen und die Forderung nach einem islamistischen Kalifat sollten alle Demokraten zusammenrücken und unsere grundrechtlich verankerten Werte gemeinsam verteidigen lassen. So widerstandsfähig unser Grundgesetz auch sein mag bedarf es dem ständigen füreinander einstehen und verteidigen unserer Werte. So soll dieses Jubiläum nicht bloß ein Jubiläum bleiben. Am „Tag des Grundgesetzes“ sollten wir uns alle daran erinnern, welche großartige Entfaltungsmöglichkeiten uns allen in diesem Land geboten wird. [Unser Antrag „75 Jahre Grundgesetz – Unsere parlamentarische Demokratie bewahren und sicher für die Zukunft aufstellen“](#) würdigt die enorme Bedeutung, die dem Grundgesetz zukommt und soll gleichzeitig ein Ausdruck der Wertschätzung sein. Deshalb setzen wir uns außerdem mit einem [Antrag](#) dafür ein, dass der „Tag des Grundgesetzes“ als Gedenktag uns allen vor Augen führt, welche Freiheit und Sicherheit wir haben und dass wir sie behalten wollen.



Keine Chance dem politischen Islam

Klare Regeln gegen Islamisten und Kalifat-Rufe

Es waren Bilder, die einen fassungslos und wütend zugleich zurückgelassen haben: Islamisten skandieren auf deutschen Straßen Forderungen nach einem islamischen Gottesstaat und der Einführung der Scharia. Ende April zogen über 1.000 Demonstranten unter dem Motto „Das Kalifat ist die Lösung“ durch Hamburg. Am vergangenen Wochenende gab es erneut Kundgebungen mit etwa 2.000 Teilnehmern. Diese extremistischen Gruppierungen und ihre Anhänger sind eine Bedrohung für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Die Forderung nach Errichtung eines islamistischen Terrorstaats ist jedoch bei uns bisher nicht strafbar – anders als etwa in Österreich.

Der Rechtsstaat muss auf die wachsende Bedrohung durch den politischen Islam reagieren. Allerdings ergreifen bisher weder die SPD geführte Landesregierung in Hamburg noch die ebenfalls von der SPD geführte Bundesregierung wirksame Maßnahmen gegen diese Umtriebe auf deutschen Straßen. Wir stehen für die entschlossene Verteidigung unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Werte und setzen auf Taten statt Worte: Zukünftig soll es strafbar sein, öffentlich die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und die Errichtung eines Gottesstaates zu fordern. Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit, die solche extremistischen Positionen unterstützen, sollen ihre deutsche Staatsangehörigkeit verlieren. Das sogenannte „Islamische Zentrum“ in Hamburg, eine Außenstelle des iranischen Regimes, muss sofort geschlossen werden. Deswegen fordern wir in unserem [Antrag](#) ganz konkret: Aufrufe zur Abschaffung der öffentlichen Ordnung müssen zukünftig strafbewehrt sein. Sollte die Person mehrere Staatsangehörigkeiten haben, muss die Möglichkeit des Entzugs der deutschen Staatsangehörigkeit möglich sein. Der Staat muss ein klares Signal senden: Für Extremisten ist in Deutschland kein Platz.



Praktikantenbericht von Max Ferroud



„Demokratie sollte man nicht lehren, sondern praktizieren.“ Frei nach diesem Zitat von Jörg Sommer nahm ich im März dieses Jahres das Heft des Handelns in die Hand und machte mich auf nach Berlin. Im Rahmen meines Studiums der Politikwissenschaften bot sich mir die Möglichkeit, hinter die Kulissen der Institution zu schauen, welche wie nichts Vergleichbares für die Demokratie in unserem Land steht: dem Deutschen Bundestag. Meine Erwartung an ein Praktikum im Büro von Alexander Föhr war es,

die Bildung politischer Prozesse auf höchster Ebene nicht meiner bloßen Vorstellungskraft zu überlassen, sondern diese aus nächster Nähe zu betrachten und eventuell direkt daran teilzunehmen. Und diese Erwartungen wurden bereits am ersten Tag mehr als erfüllt. Bei einer Plenumsrede benutzte Alex zwei Wörter, welche ich in der Vorbesprechung anmerkte. Es sind zwar nur zwei Wörter, allerdings zwei Wörter, die im Plenum des Bundestages vor hunderten Gästen und dutzenden TV-Kameras gesprochen und national ausgestrahlt wurden – das kann nun wahrlich nicht jeder von sich behaupten. Auf einer Welle der Euphorie reitend vergingen die Wochen wie im Flug. Entgegen der weit verbreiteten Meinung, Praktikanten seien nur dafür da, Kaffee zu kochen und zu kopieren, muss man entgegenhalten, dass es mittlerweile Kaffeevollautomaten und Fotokopierer gibt. Leider sortiert sich die Post noch nicht von selbst. Aber nicht nur deshalb wurde ich von meinen großartigen Kollegen nach und nach in die Arbeit in einem Bundestagsbüro eingeführt und es bot sich nun die Möglichkeit, mein über Jahre des Studiums angeeignetes Wissen endlich anzuwenden. Der Aufgabenkatalog der Mitarbeitenden eines Bundestagsbüros ist sehr vielfältig und reicht von einfachen organisatorischen Dingen wie Terminplanung hin zu inhaltlichen wie der Betreuung der Sozialen Medien, Vorbereitung und Besuchen von Ausschüssen und Arbeitsgruppen sowie Recherche und Vorbereitung für Reden oder beim Newsletter, den Sie gerade lesen. Zusätzlich zum Tagesgeschäft bietet die Bundestagsfraktion der CDU/CSU zu bestimmten Terminen ein Praktikantenprogramm an. Diskussionsrunden mit Friedrich Merz, Führungen durch das Bundeskanzleramt oder ein Besuch im ZDF-Morgenmagazin waren nur einige der vielen Highlights. Abschließend möchte ich meine volle Zufriedenheit zum Ausdruck bringen und mich bei Alex für diese großartige Gelegenheit bedanken. Für alle Interessierten bleibt mir, angelehnt an die berühmten Worte von Franz Beckenbauer, nur zu sagen: „Geht’s raus und macht’s Politik.“



Termine im Wahlkreis

Heute Nachmittag geht es nach der Debatte des Berufsbildungsberichts im Plenum zurück in den Wahlkreis. Der Abend steht im Zeichen meines Ehrenamtes bei der Ziegelhäuser Karneval Gesellschaft. Unsere jährliche Mitgliederversammlung steht an. Am Wochenende ist Zeit für die Familie. Mit einer Ausnahme: die Eröffnung des Deutsch-Amerikanischen Freundschaftsfestes in Heidelberg-Kirchheim.

In die folgenden zwei Wahlkreiswochen fallen die Pfingstferien, die auch ich für ein paar gemeinsame Tage mit meiner Familie nutze. Ganz ohne Politik geht es aber natürlich nicht. So stehen in Heidelberg beispielsweise Termine bei der SRH-Klinik sowie bei der Aids-Hilfe an. Neben einem Unternehmensbesuch werde ich außerdem noch Termine im Lichte der Kommunal- und Europawahl wahrnehmen, u.a. in Ilvesheim – gemeinsam mit unserem nordbadi-schen Spitzenkandidaten Daniel Caspary – und in Heddeshcim beim Familiengrillen.

Der nächste Newsletter erreicht Sie voraussichtlich am 7. Juni. Ich wünsche Ihnen bis dahin schöne Pfingsten im Kreise Ihrer Familie und Freunde und hoffentlich ein paar sonnige Stunden in unserer schönen Region. Allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern gute Gespräche und viel Freude beim Endspurt bis zum 9. Juni!



MdB Alexander Föhr

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie in Zukunft diesen Newsletter direkt in die E-Mail eingebettet und an Bildschirm, Tablet oder Smartbeziehen angepasst erhalten möchten, melden Sie sich bitte über meine Homepage an. Über diesen [Link](#) kommen Sie direkt auf die entsprechende Seite. Geben Sie den Link auch gerne weiter!

KONTAKT

Berliner Büro

Anschrift: Platz der Republik 1, 11011 Berlin

E-Mail: alexander.foehr@bundestag.de

Telefon: 030 227 75830

Wahlkreisbüro

Anschrift: Gewerbestraße 2-4, 69221 Dossenheim

E-Mail: alexander.foehr.wk@bundestag.de

Telefon: 06221 608080